

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 7. April 1964

Blatt 724

Werden die Filme schlechter?

=====

7. April (RK) Vor einigen Jahren wurde eine gemeinsame Filmprädikatisierungskommission der österreichischen Bundesländer ins Leben gerufen, die die Aufgabe hat, für alle Bundesländer eine einheitliche Prädikatisierung durchzuführen. Der Vorsitz wird jeweils von einem anderen Bundesland übernommen. Vor kurzem wurde nunmehr mit der 10. Funktionsperiode begonnen, in der Salzburg den Vorsitz führt, und aus diesem Anlaß eine kleine Statistik herausgegeben. Daraus geht hervor, daß im ersten Viertel 1964 im Vergleich zum ersten Vierteljahr von 1962 prozentuell mehr eingereichte Filme abgelehnt wurden. 1962 waren es im ersten Vierteljahr 29.8 Prozent, 1963 bereits 34.8 Prozent und 1964 35.7 Prozent der eingereichten Filme, die kein Prädikat erhielten.

Die Zahl der eingereichten Filme ist allerdings stark gesunken. 1962 waren es im ersten Vierteljahr 40 Filme, im ersten Vierteljahr 1963 27 Filme und heuer nur mehr 17 Filme. Mit dem Prädikat "besonders wertvoll" wurden 1962 5.4 Prozent der eingereichten Filme ausgezeichnet, 1963 4.3 Prozent und 1964 14.3 Prozent. Das Prädikat "wertvoll" erhielten 32.4 Prozent (1962), 34.8 Prozent (1963) und 21.4 Prozent (1964). Als "empfehlenswert" begutachtet wurden 32.4 Prozent (1962) 26.1 Prozent (1963) und heuer 28.6 Prozent.

- - -

Wiener Landarbeitsordnungs-Novelle 1964 eingebracht
=====

7. April (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung hat Stadtrat Bauer den Entwurf des Gesetzes, mit dem die Wiener Landarbeitsordnung abgeändert und ergänzt wird - die Wiener Landarbeitsordnungs-Novelle 1964 - eingebracht. Das Gesetz wird vom Wiener Landtag in seiner nächsten Sitzung, die voraussichtlich Freitag, den 24. April, stattfindet, behandelt werden.

- - -

Personalnachrichten
=====

7. April (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den Amtsrat Josef Mrazek (Magistratsabteilung 12) zum Oberamtsrat befördert.

Anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand hat der Stadtsenat Senatsrat Dr. Julius Kohl Dank und volle Anerkennung, dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Wilhelm Zettl, den Oberamtsräten Alfred Gehring und Dr. Josef Rambousek sowie den technischen Oberamtsräten Ing. Adalbert Hauber und Ing. Friedrich Mützel Dank und Anerkennung ausgesprochen. Aus dem gleichen Anlaß erhielt der Amtsrat Johann Trapny den Titel Oberamtsrat.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

7. April (RK) Mittwoch, den 8. April, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Karl Lakowitsch.

- - -

6. Ordentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaftder österreichischen Gemeinwirtschaft

7. April (RK) Im Wiener Rathaus fand heute unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Slavik die 6. Ordentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft statt. Im Tätigkeitsbericht wies Geschäftsführer Dipl.-Ing. Pröbsting auf die intensive öffentliche Tätigkeit der Vereinigung hin, durch die die Gemeinwirtschaft auch wissenschaftlich zu einem allseits anerkannten Begriff geworden ist. Dieser Erfolg wurde mit Hilfe zahlreicher Vortragsveranstaltungen und Exkursionen, eines Diskussionskreises "Gemeinwirtschaft", einer intensiven wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit und der Herausgabe zweier Broschürenreihen erreicht. Die Mitglieder der Vereinigung mit ihren rund 236.600 Beschäftigten kommen aus 33 Betätigungsgebieten der Gemeinwirtschaft. Ihre Zahl ist seit Gründung der Arbeitsgemeinschaft vor zwölf Jahren ständig gestiegen.

Die Mitgliederversammlung wählte für die Funktionsperiode 1964/66 den neuen Vorstand, dem als Präsident Vizebürgermeister Slavik, als Vizepräsident Ministerialrat Dr. Gatscha, BKA/Sektion IV-Verstaatlichte Unternehmungen, Bürgermeister Dipl.-Ing. Scherbaum, Graz, und Direktor Dr. Vukovich, Konsumverband Wien, angehören. Ferner beschloß die Mitgliederversammlung folgende Resolution:

Resolution

In zunehmendem Maße ist das Eindringen ausländischen Kapitals in die österreichische Wirtschaft zu bemerken. Im Zusammenhang damit sind neuerdings vielfältige Bestrebungen im Gange, Teile der Gemeinwirtschaft zu privatisieren oder von privater Seite des In- und Auslandes in einzelnen Unternehmungen maßgeblichen Einfluß zu gewinnen. Diese Absichten, die insbesondere von rechtsradikalen Kreisen vorgetragen werden, haben bereits zu einer merklichen Unruhe unter den Arbeitern und Angestellten Österreichs geführt. Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft betrachtet es daher als ihre Aufgabe, erneut auf die Gefahren einer Privatisierung oder Aushöhlung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen aufmerksam zu machen.

Eine Privatisierung oder auch nur Teilprivatisierung von gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen würde Verschwendung öffentlichen Vermögens bedeuten und gleichzeitig die Sicherheit der österreichischen Wirtschaft gefährden. Es muß eindringlich darauf hingewiesen werden, daß es keine Möglichkeit gibt, den Erwerb von Anteilsrechten an der Nationalindustrie durch Ausländer zu verhindern, wenn einmal Aktien auf den Markt gebracht werden. Die Vorschläge, die seinerzeit von der ÖVP für die Neuordnung der verstaatlichten Industrie übergeben wurden und die im wesentlichen den Abverkauf der Unternehmungen bis zu 49 Prozent sowie die Unterstellung der Leitungskörperschaft unter eine ÖVP-Mehrheit beinhalten, zeigen deutlich, daß diesen Unternehmungen die wesentlichsten gemeinwirtschaftlichen Merkmale, also die demokratische Kontrolle der Wirtschaft, die Verwendung des Gewinnes für die Allgemeinheit, die Sicherung der Arbeitsplätze und damit eine aktive Konjunkturpolitik, entzogen werden sollen. Die Vorschläge der ÖVP müssen im Interesse des österreichischen Volkes und im Hinblick auf die dauernde Sicherung der Existenz jedes Einzelnen entschieden abgelehnt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft als Interessenvertretung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen Österreichs erhebt daher schärfsten Protest gegen die Bestrebungen, die verstaatlichte Industrie dem Eigentum und der Kontrolle des österreichischen Volkes zu entziehen. Sie begrüßt vielmehr eine Neuordnung der verstaatlichten Unternehmungen, wie sie im Reorganisationsplan des zuständigen Ressortchefs Vizekanzler DDr. Pittermann vorgesehen ist.

- - -

"Gemeinwirtschaft in der demokratischen Gesellschaftsordnung"
=====

7. April (RK) Unter diesem Thema veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft am 7. und 8. April im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses ein Kolloquium, in dessen Rahmen von prominenten Wissenschaftlern des In- und Auslandes zur Frage der Gemeinwirtschaft von der Unternehmensseite, der Arbeitnehmerseite und der Konsumentenseite her Stellung genommen wird.

Heute nachmittag eröffnete der Präsident der Vereinigung, Vizebürgermeister Slavik, die Veranstaltung. Im Anschluß an seine einleitenden Worte sprachen Universitätsprofessor Dr. F. J. De Jong, Professor für Nationalökonomie an der niederländischen Rijksuniversiteit Groningen, über das Thema "Die Funktion der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in der modernen Wirtschaft" und der Grazer Universitätsdozent Dr. Anton Burghardt über "Die Gemeinwirtschaft als soziales Phänomen". Im folgenden bringen wir Auszüge aus den beiden Vorträgen.

Die Funktion der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in der ~~mcleren~~ Wirtschaft

Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung hat eine Reihe von Funktionen, und es hängt von den Verhältnissen ab, welche von ihnen betont wird. Die wichtigsten Funktionen sind nach Meinung von Professor Dr. De Jong folgende:

Gemeinwirtschaftliche Unternehmungen sind notwendig, wenn die Produktion in einem Unternehmenstypus stattfindet, der von Natur eine stark monopoloiden Stellung einnimmt. Beispiele hierfür sind die öffentlichen Versorgungsbetriebe, wie die Energieunternehmen und das Postwesen.

Weiter sind gemeinwirtschaftliche Unternehmungen nützlich, wenn sie die Struktur der nationalen Produktion in Sektoren ergänzen, auf denen die private Initiative, aus welchem Grund auch immer, versagt. Diese Funktion ist heute vor allem in Entwicklungsländern von Bedeutung. In einem Staate wie den Niederlanden bieten die staatlichen Bergwerke ein Beispiel.

Gemeinwirtschaftliche Unternehmen können drittens ein günstiges Wettbewerbsklima (workable competition) fördern. Es läßt sich zum Beispiel denken, daß man sie zur Dekartellierung gebraucht.

Schließlich können gemeinwirtschaftliche Unternehmungen als Vorbild für Privatunternehmungen im selben Wirtschaftszweig dienen, zum Beispiel hinsichtlich der Löhne, aber auch der sekundären Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel der Sicherheitseinrichtungen.

Man soll andererseits die Gefahren, die große Konzentrationen für die politische Demokratie mit sich bringen können, nicht aus den Augen verlieren. Die Größengrenze der Konzentration könne jedoch der Vortragende als Ökonomist kaum ziehen und müsse dieses Problem den Soziologen und Politikern überlassen.

Die Gemeinwirtschaft als soziales Phänomen

Nach den Ausführungen von Univ.-Doz. Dr. Anton Burghardt stellt die Gemeinwirtschaft innerhalb der Gebilde, welche den ökonomischen Prozeß vollziehen, eine der repräsentativen Verwirklichungsformen des Sozialen dar. Bedingungen ihres Bestandes ist das Vorhandensein einer pluralistischen Eigentumsordnung, in der sowohl Sondereigentum als auch gemeinwirtschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln legitim nebeneinander bestehen können.

Vor allem sollte anerkannt werden, daß die Gemeinwirtschaft an sich eine Wirklichkeit ist, keineswegs in erster Linie ein Politikum. Alle Perioden gesellschaftlichen Wirtschaftens kennen Wirtschaftsgebilde, die nach Prinzipien, die wir heute als "gemeinwirtschaftlich" kennzeichnen, errichtet und geführt wurden.

Die Gemeinwirtschaft ist daher kein historisches Phänomen, sondern jeder Form von Wirtschaft jenseits des Haushalts inkorporiert.

Die Tatsache, daß neben einem als privatwirtschaftlich deklarierten Eigentum an Produktionsmitteln auch ein solches in der Art der Gemeinwirtschaft vorhanden ist, entspricht eben der Natur der Gesellschaft, in der auch die Lebenspolarität von einzelnen und Gemeinschaft legitim besteht.

Der relative Anteil der Gemeinwirtschaft an den Kapazitäten der Volkswirtschaften ist an sich sachgesetzlich begründet, einerseits durch den wachsenden Anteil der Kollektivbedürfnisse und

durch ein Absterben des Willens zur Eigenversorgung der Haushalte, andererseits ist es die Technik, welche sich in vielen Bereichen nur mehr in großbetrieblichen Formen darzustellen vermag, ohne Rücksicht, wer Eigentümer ist.

In der Situation einer pluralistischen und daher auch gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft sichern die gemeinwirtschaftlichen Gebilde die Gemeinwohlfunktion der Wirtschaft auch in jenen Bereichen, in denen eine durchaus legitime Privatwirtschaft als Folge von Einzel- ~~und~~ Gruppeninteressen befangen ist. Jedes Wirtschaften kann einen Gemeinwohlbezug haben; bei der Privatwirtschaft wird er bedingt als Nebenprodukt unternehmerischen Handelns hergestellt, wenn nicht gar durch Interventionen erzwungen. Der Gemeinwirtschaft ist es dagegen ex ~~offo~~ aufgegeben, dem Gemeinwohl und nur diesem zu dienen.

+

Das Kolloquium wird morgen, Mittwoch, den 8. April, um 9 Uhr, mit zwei weiteren Vorträgen fortgesetzt.

- - -

Vizebürgermeister Slavik:

Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft sollen in gemeinsamer Arbeit

=====

unsere Wirtschaftsprobleme lösen

=====

7. April (RK) Bei der Eröffnung des von der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft veranstalteten Kolloquiums "Gemeinwirtschaft in der demokratischen Gesellschaftsordnung", hielt Vizebürgermeister Slavik, der Präsident der Arbeitsgemeinschaft, heute nachmittag im Stadtsenatsaal des Wiener Rathauses eine kurze Ansprache, in der er zunächst betonte, daß die Gemeinwirtschaft nichts Neues und keine Erfindung der Zweiten Republik oder der 60er Jahre sei. Sie entstand schon vor 100 Jahren, als es noch gar keine Republik gab. Heute ist die Gemeinwirtschaft aus dem gesamten Wirtschaftsleben unseres Landes nicht mehr wegzudenken. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es in unserem Land beide Wirtschaftsformen gibt, nämlich die Gemeinwirtschaft und die Privatwirtschaft, die in gemeinsamer Arbeit unsere Wirtschaftsprobleme lösen sollen. Natürlich aber gibt es auch in der Gemeinwirtschaft verschiedene Probleme, die noch der Lösung harren. Dabei handelt es sich vor allem um Führungsprobleme. So gibt es gewisse Direktoren, die nicht daran denken, daß die oberste Aufgabe der Gemeinwirtschaft der Dienst an der Gemeinschaft ist.

Vizebürgermeister Slavik wies sodann darauf hin, daß es auch in der Gemeinwirtschaft defizitäre Betriebe geben kann wie zum Beispiel die Kohlenindustrie. Wir alle kennen die Sorgen unserer Kohlenwirtschaft und es wäre wohl das einfachste, diese Industrie zuzusperren. Was aber geschähe in diesem Fall, wollte man uns dann auch keine Kohle aus dem Ausland liefern? Was würden unsere Kranken sagen, wenn wir die Spitäler nicht heizen könnten? Es ist die Aufgabe einer Staatsführung, dafür zu sorgen, daß solche Fälle nicht eintreten können.

Die Forderungen, die an die Wirtschaft gestellt werden, wachsen ständig. Ebenso wie unsere Gesellschaft ist auch unsere Wirtschaft einem ständigen Wandel unterworfen. Heute werden Forderungen gestellt und Leistungen verlangt, die man früher nicht zu erträumen hoffte. Ein typisches Beispiel dafür sind unsere Stadtwerke. Wer hätte

einmal gedacht, daß unsere E-Werke ausgebaut werden müssen, weil sie nicht genug Strom erzeugen können? Früher haben wir Werbeaktionen für einen größeren Gasverbrauch durchgeführt, heute stehen wir vor der Notwendigkeit, das Gasrohrnetz zu erweitern. Und die Verkehrsbetriebe schließlich sind ständig bestrebt, ihren Fuhrpark und alle übrigen Anlagen zu modernisieren.

Die Wirtschaftsentwicklung verlangt immer weitere Investitionen. Unmittelbar nach dem Auslaufen des ersten Fünfjahres-Investitionsprogramms beginnt bereits das nächste langfristige Programm. Für ihre E-Werke haben die Wiener Stadtwerke ein Fünfjahres-Programm mit 800 Millionen Schilling aufgestellt, für die Gaswerke ein Zehnjahres-Programm mit 850 Millionen Schilling und für die Verkehrsbetriebe ein Fünfzehnjahres-Programm mit 1.650 Millionen Schilling. Das gesamte kommende Investitionsprogramm umfaßt also 3,3 Milliarden Schilling. Der Investitionsbedarf ist heute schließlich so groß, daß er kaum aus eigenen Mitteln gedeckt werden kann. Wie in der übrigen Wirtschaft so wird auch hier eine Fremdfinanzierung mit Anleihen und Krediten notwendig sein, die die Stadtwerke für eine Hälfte des Gesamtbetrages in Anspruch nehmen werden. Wir hoffen, daß wir die zweite Hälfte selbst finanzieren können.

- - -

Neuer oberster Baupolizist

=====

7. April (RK) In der Wiener Stadtbauamtsdirektion fand heute nachmittag die Verabschiedung des in den Ruhestand getretenen bisherigen Leiters der Gruppe Baupolizei in der Stadtbauamtsdirektion, Obersenatsrat Dipl.-Ing. Torggler, und die Amtseinführung seines Nachfolgers, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Grimme, statt. An der kurzen Feier nahmen die Stadträte Bock und Heller, Magistratsdirektor Dr. Ertl und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller teil.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller wies darauf hin, daß Obersenatsrat Dipl.-Ing. Torggler 40 Jahre lang im Rathaus tätig war. 1924 trat er in den Dienst der Stadt Wien ein und war zunächst in der damaligen Magistratsabteilung 36 (Baupolizei, der jetzigen Magistratsabteilung 35 - Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten) tätig. 1938 wurde er zwangspensioniert. Aber sofort im Jahr 1945 stellte er sich der Stadtverwaltung wieder zur Verfügung und wurde mit der Führung der Geschäfte der damaligen Magistratsabteilung 38 (Technische Sicherungsangelegenheiten in Vergnügungsstätten) betraut. 1948 wurde er zum provisorischen Leiter dieser Abteilung und 1950 zum Leiter der Magistratsabteilung 35 ernannt. Im Jahr 1956 kam er in die Stadtbauamtsdirektion, in der er zum Inspizierenden Oberbeamten und Leiter der Gruppe Baupolizei ernannt wurde.

Stadtbaudirektor Dr. Koller dankte dem bisherigen höchsten Baupolizisten unserer Stadt mit herzlichen Worten für seine vorbildliche Tätigkeit und wünschte ihm einen ruhigen und gemütlichen Lebensabend. Dann überreichte er dem neuen Leiter der Gruppe Baupolizei, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Grimme, das Ernennungsdekret. Dipl.-Ing. Grimme war seit mehr als 15 Jahren in der Magistratsabteilung 37 (Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei) an leitender Stelle tätig. Zuletzt war er Leiter der Außenstelle 17 dieser Abteilung. Stadtbaudirektor Dr. Koller wünschte ihm viel Erfolg auf seinem neuen Posten und wies darauf hin, daß die Aufgaben der Baupolizei nicht gerade leicht sind. Die Baupolizei ist eine Dienststelle, die einerseits auf Ordnung zu sehen hat, gleichzeitig aber beratend mitwirkt am Aufbau unserer Stadt.

Anschließend übermittelte Stadtrat Bock in Vertretung des Bürgermeisters Obersenatsrat Dipl.-Ing. Torggler einen Beschluß des Gemeinderates vom März dieses Jahres, in dem dem bisherigen Leiter der Baupolizei anlässlich seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand in Würdigung seiner langjährigen und verdienstvollen Tätigkeit Dank und volle Anerkennung ausgesprochen wurden.

- - -

400 Anatomen im Wiener Rathaus
=====

7. April (RK) Vom 6. bis 10. April findet in Wien die 60. Versammlung der Anatomischen Gesellschaft statt. An der Tagung dieser 1887 in Leipzig gegründeten Gesellschaft nehmen rund 400 Anatomen aus zahlreichen europäischen Ländern teil. In Wien tagte die Gesellschaft das letzte Mal im Jahr 1925. Auf dem Vortragsprogramm der diesjährigen 60. Versammlung stehen in erster Linie Vorträge über elektronenmikroskopische Untersuchungen der menschlichen Organe und über das Zentralnervensystem.

Heute abend fanden sich die Teilnehmer der Tagung zu einem Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses ein. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte Stadtrat Sigmund die Gäste. Seitens der Wiener Stadtverwaltung nahm auch Stadtrat Schwaiger an dem Empfang teil. Stadtrat Sigmund wünschte den Anatomen einen erfolgreichen Verlauf ihrer Tagung und einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

- - -

Gemeinde Wien sucht Gärtner
=====

7. April (RK) Die Wiener Stadtverwaltung sucht für Dauerverwendung Gärtner (auch angelernte). Bewerber mögen sich im Rathaus, Aufnahmereferrat, Stiege 6, Hochparterre, Tür 106, unter Mitnahme sämtlicher Personaldokumente melden.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 7. April
 =====

7. April (RK) Verkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren
 Inland: 8.477, Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14.40 bis 14.80 S (15 S), 1. Qualität
 13.90 bis 14.30 S, 2. Qualität 13 bis 13.80, 3. Qualität
 12.50 bis 13 S, Zuchten extrem 13 S, Zuchten 12. bis 12.70 S,
 Altschneider 10 bis 10.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte
 sich um 25 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.25 S.

In der Woche vom 28. März bis 3. April wurden 2.580 Schweine
 außer Markt bezogen.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 7. April
 =====

7. April (RK) Aufgetrieben wurden 52 Stück, hievon drei
 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 48 Stück, als Nutztiere ein
 Stück verkauft, unverkauft blieben drei Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 33, Oberösterreich 6,
 Burgenland 9, Steiermark 2, Tirol 1, Salzburg 1.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12.50 bis 13.80 S, Pferde extrem
 9.40 bis 9.60 S, 1. Qualität 8.80 bis 9.20 S, 2. Qualität
 8 bis 8.50 S, 3. Qualität 7.30 bis 7.80.S.

Auslandsschlachthof: 72 Stück aus Rumänien, 5.70 bis 8.50 S,
 35 Stück aus Rumänien blieben unverkauft.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlacht-
 pferde um 29 Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 46
 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für Schlachtpferde 8.73 S,
 für Schlachtfohlen 13.03 S, für Pferde und Fohlen 9 S.

- - -

Wiens Jugend sprach über Entwicklungshilfe
=====

7. April (RK) Heute nachmittag fand im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathauses der Abschluß des diesjährigen Redewettbewerbs der Wiener Jugend statt, der seit zwölf Jahren alljährlich von der Jugendsektion der Österreichischen Liga der Vereinten Nationen gemeinsam mit dem Landesjugendreferat Wien veranstaltet wird. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte Vizebürgermeister Mandl die erschienenen Ehrengäste, unter ihnen Stadtrat Bauer, Mitglieder des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderates, als Vertreter der Liga für die Vereinten Nationen deren Generalsekretär Generalkonsul Stuchly-Luchs sowie Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht. Im künstlerischen Teil der Veranstaltung wirkte ein Bläserterzett des Konservatoriums der Stadt Wien und ein Chor der Bundesrealschule IV mit.

Vizebürgermeister Mandl stellte in seiner Begrüßungsrede fest, daß die Zahl der Bewerber erfreulicherweise von Jahr zu Jahr steigt. Heuer haben sich in ganz Österreich mehr als 5.000 Jugendliche zu dem Redewettbewerb gemeldet, in Wien waren es 300, sodaß auf jede der drei Gruppen (werktätige Jugend, bäuerliche Jugend, Mittelschüler) 100 Bewerber kamen.

Der Vizebürgermeister beglückwünschte sodann die Preisträger zu ihren schönen Erfolgen. Aus der Gruppe der Wiener werktätigen Jugend ging Henriette Kovacs (kaufmännischer Lehrling), aus der Gruppe der Wiener bäuerlichen Jugend Waltraud Lessmann (Gartenbau-Lehrling) siegreich aus dem Wettbewerb hervor. Die Themen, die von den jugendlichen Bewerbern in freier Rede behandelt wurden, standen heuer im Zeichen der Entwicklungshilfe, Henriette Kovacs sprach über "Ist Toleranz ein Ausdruck von Schwäche?", Waltraud Lessmann beschäftigte sich mit dem Thema "Wie beeinflusst steigender Wohlstand das Kulturbedürfnis?". Der erste Preis in der Gruppe der Wiener Mittelschüler wurde Irmgard Badal vom MRG X ("Ist Toleranz ein Ausdruck von Schwäche?") zugesprochen. Den drei Gruppensiegern überreichte Vizebürgermeister Mandl je 500 Schilling und als Draufgabe schöne Bücher. Den zweiten Preis (300 Schilling) in der Gruppe Mittelschüler erhielt Merete Bierbaumer, ebenfalls vom MRG X, die das gleiche Thema wie Irmgard Badal behandelte, die beiden dritten Preise (je 200 Schilling) fielen ex aequo an Annemarie Biedl vom MRG VI ("Welchen Beitrag kann Österreich zur Entwicklungshilfe leisten?") und Ernst Kubinger vom RG XX ("Die Bedeutung von Buch und Presse für die Völkerverständigung").